



BürgerInnenbrief

25. Februar 2015

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Wahl-Nachlese +++ Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers +++ Eindrücke & Aufträge +++ (N)Olympia-Petition +++

Geschafft!

Von Heike Sudmann



Nicht zum Abwinken (Fotos: M. Joho (l.), M. Fisch)

Geschafft – dieser Ausspruch gilt nach dem Wahlsonntag in jeder Hinsicht:

- DIE LINKE hat mit 8,5% den Wiedereinzug in die Hamburgische Bürgerschaft locker geschafft. Dabei sah es vor noch gar nicht so langer Zeit kritisch aus, die 5%-Marke schien zur hohen Hürde zu werden.
- Elf KandidatInnen der LINKEN haben den Sprung in die Bürgerschaft geschafft. Auch ich bin wieder dabei und freue mich über ein Superergebnis bei den persönlichen Stimmen. Das tut richtig gut und zeigt, dass vier Jahre intensive Arbeit honoriert werden. So gestärkt gehe ich mit vollem Engagement in die nächste Runde des Kampfes für ein sozial gerechtes, solidarisches und lebenswertes Hamburg!
- Der Wahlkampf hat die WahlkämpferInnen geschafft. Viel Arbeit macht jeder Wahlkampf, doch im Winter ist es noch anstrengender. Trotz nicht gerade verlockender Temperaturen an den Infoständen, beim Stecken von Material in die Briefkästen und beim Verteilen vor den Bahnhöfen haben viele GenossInnen mitgemacht. Allen WahlkämpferInnen und UnterstützerInnen sei auch an dieser Stelle nochmals gedankt!
- Geschafft hat nicht nur mich der Wahlerfolg der AfD. 6,1% für eine Partei, die von Ausgrenzung und Abschottung, von Rassismus lebt, sind genau 6,1% zu viel. Die Hoffnung, dass

die Erfahrungen mit Richter Gnadenlos Schill ein für alle mal genug sind, hat sich zerschlagen. Auch ohne Pegida in Hamburg gibt es ein Potenzial für die RechtspopulistInnen. Wer Informationen zur AfD und ihren Beziehungen bzw. Verknüpfungen zur rechten Szene sucht, wird z.B. auf den Seiten des »Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) www.keine-stimme-den-nazis.org/index.php?option=com_content&task=view&id=5431&Itemid fündig.

- Für die absolute Mehrheit hat es nicht gereicht, aber erwartungsgemäß hat die SPD es wieder geschafft, zur stärksten Fraktion zu werden. Sie wird sicherlich auch noch die GRÜNEN schaffen, jedenfalls rechne ich nicht mit viel Gegenwehr bei den Koalitionsgesprächen.
- Geschafft ist oder geschafft hat es mein Mit-Herausgeber des »BürgerInnenbriefes«, Tim Golke. Tims Ziel war klar: mit Ende dieser Legislatur und dem zweiten Staatsexamen in der Tasche geht es fort aus Hamburg. Trotz aller Unterschiede hat unsere Zusammenarbeit gut geklappt, mit dem BürgerInnen-Brief konnten wir nicht nur über Tims Wahlkreis, sondern auch über viele andere Themen berichten. An dieser Stelle bleibt mir nur, Tim zu danken und ihm und seiner Familie alles Gute zu wünschen – und letzterem, den Beweis anzutreten, dass ein Leben außerhalb Hamburgs auch schön sein kann!

Das bürgerliche Lager zerlegt sich gründlich

Von Joachim Bischoff

Die eigentliche Überraschung der Hamburger Bürgerschaftswahl liegt in der Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers. Entgegen den Erwartungen vieler Politikexperten ziehen die Freien Demokraten mit 7,4% und die rechtspopulistische Alternative für Deutschland mit 6,1% in die Bürgerschaft ein. Die häufig tot gesagte FDP holt mit einem nach US-amerikanischem Vorbild geführten Wahlkampf immerhin knapp 7.000 Stimmen zusätzlich. Die AfD setzt mit etwa 42.000 Stimmen ihren Aufstieg fort. Sie blieb zwar deutlich hinter den Ergebnissen in den neuen Bundesländern zurück, kann sich aber gleichwohl Hoffnung machen, den Einbruch in das etablierte Parteiensystem geschafft zu haben.

Leidtragende dieser Flügelbewegung zwischen erneuertem Liberalismus und Rechtspopulismus war die CDU. Mit einem Verlust von 38.000 Stimmen blieb sie bei einem Stimmanteil von 15,9% hängen. Keine Frage, dies ist der beispiellose Niedergang einer Volkspartei, der selbst noch entsprechende Niedergangsoperationen der Sozialdemokratie topt.

Das Kernsegment des bürgerlichen Lagers hatte zuvor bei der KandidatInnenaufstellung gründlich aufgeräumt. Die Auswechslung von liberalen Geistern durch rechtskonservative Unionsleute konnte freilich nicht die auseinanderstrebenden Kräfte bündeln. Gleich nach der Wahl wurde die Rechtsverschiebung in der CDU fortgesetzt. CDU-Landeschef Marcus Weinberg trat zurück. Seine These: Strategie und Kampagne des Wahlkampfes seien falsch gewesen. Die Partei müsse nun mit neuen Köpfen und Ideen versuchen, die verlorenen WählerInnen zurückzuholen. Nikolaus Haufler, ehemaliger Abgeordneter der Bürgerschaft, sagte, die Wahlschlappe der CDU sei Wersichs persönliche Niederlage. Er solle nicht an die Fraktionsspitze zurückzukehren, die Partei wieder mehr auf der Thema Innere Sicherheit zu setzen. »Wo ist denn un-

ser Markenkern Innere Sicherheit?«, fragte der neue Abgeordnete und Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lenders. »Wir haben ihn verschlafen.« Der Abgeordnete Jörg Hamann kündigte an, der Regierung »die volle Oppositionsbreite« zu geben.

Nach dem historischen Wahldebakel der Hamburger CDU bewerben sich zwei Kandidaten um den freigewordenen Vorsitz der Landespartei. Sowohl der Bundestagsabgeordnete und bisherige Stellvertreter Rüdiger Kruse als auch der ehemalige Vizechef der Bürgerschaftsfraktion, Roland Heintze, werfen für die Nachfolge des zurückgetretenen Marcus Weinberg ihren Hut in den Ring. Kruse will die liberalen Traditionen der hanseatischen Partei unter Ole von Beust voranbringen. Er macht vor allem mangelndes Profil der Christdemokraten für die Schlappe verantwortlich. »Was wir nun entwickeln müssen, ist eine Vision für Hamburg, für die es sich lohnt, CDU zu wählen«. Nach der Niederlage seiner Partei bei der Bürgerschaftswahl wolle er für eine Stadt kämpfen, die nicht nur verwaltet werde. Besonders wolle er die Themen Industrie, Handel und Gewerbe sowie Kultur und Hochschulen bearbeiten.

Kruse wird es schwer haben, sich gegen den starken rechten Flügel durchzusetzen. Zu links, zu liberal, zu nett: Das sagen viele CDUler auf die Frage, warum ihre Partei so abgeschmiert ist. Sie fordern einen Rechtsruck. Ihr Kernthema: Innere Sicherheit. Da wird ein »ganz harter innenpolitischer Kurs« (Karl-Heinz Warnholz) gefordert, ein »starker Fokus auf Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit« (Dennis Gladiator). »Zurück zu alten Wurzeln«, ruft Joachim Lenders. Der Erfolg der AfD hat die CDU noch mehr geschockt als der der FDP. Jetzt gibt es für viele nur ein Ziel: »Die AfD nicht rechts überholen, aber überflüssig machen.«

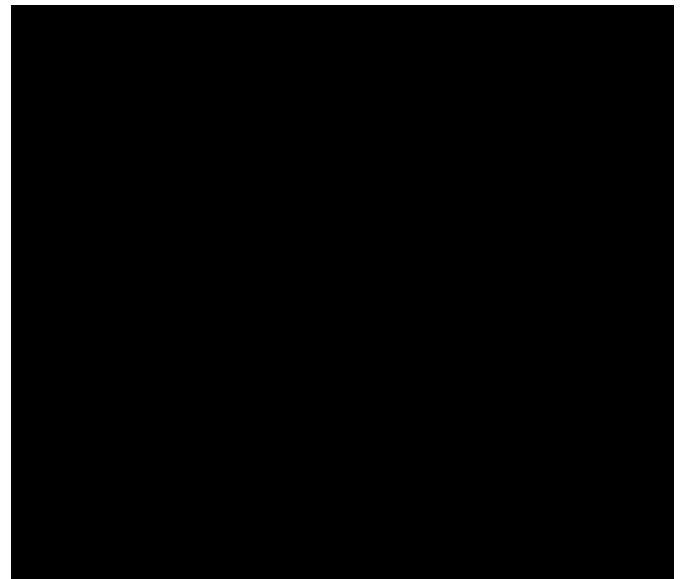
In der Tat hat die CDU bei ihrer bisherigen eher gutsituierten Wählerklientel dramatisch an Unterstützung verloren. »Im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2011 verliert die CDU in allen untersuchten Stadtgebieten Stimmenanteile, besonders stark in gutsituierten Wohnlagen. Beispielsweise büßen die Christdemokraten in Stadtteilen mit wenigen ›Hartz IV‹-Bezieherinnen und -Beziehern 9,0 Prozentpunkte ein, während der Rückgang in Vierteln mit hoher Hilfequote lediglich 5,3 Prozentpunkte beträgt.«

Von dieser Umgruppierung im bürgerlichen Lager hat zum einen die FDP profitiert, weil sich ein Teil der bürgerlichen WählerInnen von neoliberaler Politik eine bessere Sicherung ihrer Interessen verspricht. »Wie bei der letzten Bürgerschaftswahl verzeichnet sie die besten Ergebnisse allerdings in den Wohngebieten mit hohem Status. Ihr Stimmenanteil in Gegenden mit hohem Einkommen beläuft sich auf 13,8%. In Stadtteilen mit niedrigem Einkommen sind es dagegen mit 4,4% deutlich weniger. Im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren hat die FDP in allen untersuchten Stadträumen leicht hinzugewonnen. Am größten ist der Anstieg in ihren ›reichen‹ Hochburgen (Stadtteile mit hohem Einkommen), wo die Freidemokraten um 1,9 Prozentpunkte zulegen.«

Der andere Profiteur dieser Zersplitterung des bürgerlichen Lagers ist die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD), die einen starken Zustrom ehemaliger CDU-WählerInnen verzeichnen konnte und 6,1% der Stimmen erreichte. Allerdings hat die AfD als für den Rechtspopulismus charakteristische Sammlungsbewegung auch Resonanz in eher prekären Milieus erfahren. »Der Stimmenanteil der AfD ist in statusniedrigen Gebieten höher als in ›guten‹ Wohnlagen. So erzielt die Partei in Stadtteilen mit hohem Anteil von SGB II-Leistungsbezieherinnen und -beziehern 7,4 Prozent der Stimmen, in Gegenden mit niedriger Hilfequote dagegen lediglich 5,7 Prozent. In einkommensschwachen Wohnlagen stimmten 7,2 Prozent für die AfD, in einkommensstarken Gegenden nur 5,2 Prozent.« Bei der Bewertung dieser unterschiedlichen Stimmenanteile in »guten« und »schlechten« Wohnlagen muss allerdings auch die unterschiedliche Wahlbeteiligung berücksichtigt werden. Ein Stimmenanteil von 6,3% im Reichenviertel Wellingsbüttel mit einer Wahlbeteiligung von 73,8% hat mindestens genau so viel Gewicht wie ein Stimmenanteil von 9,4% im sozialstrukturell benachteiligten Neuallermöhe mit einer Wahlbeteiligung von 39,7%.

Gleichwohl ist die Analyse von ARD und Infratest dimap zutreffend, dass die AfD viele Stimmen in ärmeren Wahlbezirken gewann. In Billstedt, Wilhelmsburg und Finkenwerder holte die AfD 8,3 Prozent. In Harburg, wo der frühere Schill-Abgeordnete Peter Lorkowski kandidierte, sogar 9,2%. In einzelnen Wahllokalen erreichte die AfD bis zu 25% der Stimmen. Auch die Schill-Partei war bei der Wahl 2001 vor allem in diesen Teilen der Stadt stark. In Billstedt holte sie teilweise mehr als 30% der Stimmen.

Programmatisch hat sich der Hamburger Landesverband eher von Antiislamismus und Fremdenfeindlichkeit abgesetzt. Im Hamburger AfD-Wahlprogramm wird die »Atmosphäre der Weltoffenheit« der Hansestadt herausgestellt. Spit-



zenkandidat Kruse ging jüngst sogar über die Schmerzgrenze des rechten Parteiflügels hinaus, indem er feststellte, der Islam gehöre zu Hamburg. Und weiter: »Über die Frage, ob der Islam dazugehören sollte, kann man verschiedener Auffassung sein. Ich würde auch da sagen, er gehört hier dazu.«

Es ging bei der AfD in Hamburg um weit mehr als einen erneuten Einzug in ein Landesparlament. Für die neue Partei wäre das Scheitern in der Hansestadt nach den Wahlerfolgen bei der Europawahl sowie in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im vergangenen Jahr mehr als nur ein Dämpfer gewesen, die deutschlandweite Etablierung wäre damit zumindest vorerst gestoppt worden. Außerdem hätte eine Niederlage bei der Wahl in Hamburg für ein Aufleben der Richtungskämpfe innerhalb der Partei gesorgt. Denn die AfD hatte in der Hansestadt im Vergleich zu Sachsen, Brandenburg und Thüringen auf einen eher moderaten Wahlauftritt gesetzt und Themen wie Asyl und innere Sicherheit nicht in den Mittelpunkt gerückt.

Nichtsdestotrotz bewegt sich die Hamburger AfD in dem gleichen Spannungsfeld wie die Gesamtpartei. Einerseits wurden Plakatparolen wie »Radikale Islamisten stoppen!« in der Öffentlichkeit gezeigt, andererseits setzte sich Spitzenkandidat Kruse deutlich von Ressentiments ab.

Der Richtungsstreit in der AfD ist trotz des Einzugs in die Bürgerschaft noch nicht entschieden. Alexander Gauland, Parteivize und Fraktionschef in Brandenburg, erklärte gegenüber der FAZ: »Man darf schon mal die Frage stellen: Ist es wirklich klug und richtig, das Wahlprogramm der FDP nachzustellen. Dann wählen die Leute nämlich das Original.« Es müsse darum gehen, Positionen zu besetzen, welche die FDP nicht einnehme. Dazu zählte Gauland u.a. »die ganze Einwanderungsproblematik«. Frauke Petry, neben Lucke AfD-Sprecherin auf Bundesebene und Fraktionsvorsitzende in Sachsen, sieht dies ähnlich. Sie meinte, die AfD hätte in Hamburg besser abgeschnitten, wenn sie stärker auf »originäre AfD-Inhalte wie innere Sicherheit, Islam und Zuwanderung gesetzt hätte«. Auch BürgerInnen in den prekären und benachteiligten

gen Stadtquartieren sind für die Protesthaltung seitens der AfD empfänglich. Gleichwohl dominiert hier eher die Tendenz der Wahlabstinenz. Die Armen verabschieden sich von der demokratischen Willensbildung. SPD-Fraktionschef Andreas Dressel fällt dazu nur die übliche Sonntagsansprache ein: »Die soziale Spaltung in puncto Wahlbeteiligung ist dramatisch.« Aufgabe in der neuen Legislaturperiode sei es deshalb, gerade in sozial schwächeren Stadtteilen wieder mehr Partizipation zu schaffen. Dass sozial Schwache weniger häufig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, beobachten GesellschaftsforscherInnen schon seit längerer Zeit. Die Gründe liegen nach Ansicht von Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung im geringer ausgeprägten politischen Interesse, einer schwächeren Parteibindung, dem mangelnden Zutrauen in die eigenen Kompetenzen und dem fehlenden Glauben, durch politisches Engagement etwas zu bewirken.

Nutznieser dieser Entwicklung sind die bürgerlichen Schichten und das politische Establishment. Dazu gehört auch

Griechenland vor der Staatspleite? Welche Chancen hat die Syriza-Bewegung?

Im Rahmen des neuen »St. Georger Salons« informiert der Sozialwissenschaftler Joachim Bischoff über die aktuelle Lage in Griechenland.
Sonntag, 8. März, 16.00 Uhr, Gemeindesaal, Stiftstraße 15 (1. Stock),
Eintritt: 3 Euro/ermäßigt 1 Euro (Raumkosten)

die hartnäckige Ignoranz gegenüber der sich verfestigenden sozialen Spaltung in der Stadt. Im Ergebnis sind wir nicht nur mit einer Tendenz zur Zersplitterung des politischen Systems konfrontiert, sondern auch mit einer Abwendung von Teilen der Wählerschaft vom politischen System. Diese »Bewegung der Armen« in die Wahlenthaltung hat sich bei der Bürgerschaftswahl noch verstärkt.

Wahl-Impressionen



Am 13.2.2015 am Dammtor (C. Hanner)

Wir gratulieren auch von dieser Stelle allen elf Kandidaten und Kandidatinnen der LINKEN, die am 15. Februar in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt worden sind und damit die bisher achtköpfige Fraktion um drei Abgeordnete erweitern. Über die Liste kommen Sabine Boeddinghaus, Martin Dolzer, Inge Hannemann, Dora Heyenn, Stephan Jersch, Cansu Özdemir und Heike Sudmann. Ein Wahlkreismandat errungen haben Christiane Schneider (Wahlkreis = WK 1),

Mehmet Yildiz (WK 2), Norbert Hackbusch (WK 3) sowie Deniz Celik (WK 9). Mit Christiane Schneider wird DIE LINKE auch zukünftig eine Abgeordnete aus dem Wahlkreis Hamburg-Mitte in die Bürgerschaft entsenden, sie tritt damit die Nachfolge von Joachim Bischoff (2008 bis 2011) und Tim Golke (2011 bis 2015) an. Lassen wir sie hier mit Blick auf die letzten Wochen zu Wort kommen.

Eindrücke und Aufträge aus dem Wahlkampf

Von Christiane Schneider



31.1.2015: Auf der Demo »Never mind the papers« (C. Schneider)

Wahlkampf ist anstrengend, vor allem im Winter. Wahlkampf ist aber vor allem auch eine Zeit, in der man in kürzester Zeit intensiv lernt. Durch den Kontakt zu vielen Bürgerinnen und Bürgern, eher flüchtig am Infostand, intensiver auf zahlreichen Veranstaltungen, und durch die Befassung mit vielen, oft ganz neuen Themen. Meinem Eindruck nach haben in diesem Wahlkampf besonders viele Einrichtungen, Institutionen, Vereine usw. zu Veranstaltungen eingeladen, in denen es oft um spezielle, aber in der Regel wichtige und spannende Probleme ging.

Zwei Stadtteilveranstaltungen – im Münzviertel und in der Neustadt – haben mich herausgefordert, mich intensiv mit der Situation im Wahlkreis zu befassen. Beide Viertel tragen, auf ganz unterschiedliche Weise, einen überproportionalen Anteil von Problemen einer Großstadt. Das Münzviertel hinter dem Hauptbahnhof, eingeklemmt zwischen Gleisen und Autobahnzubringern, leistet enorm viel bei der Übernahme sozialer Erfordernisse der Metropole Hamburg. Hier sind u.a. die Tagesaufenthaltsstätte Herz As, die Stadtmission, das Haus Jona und – am Rande – das Gesundheitszentrum Drob Inn als großstädtische Zentraleinrichtung für Drogenabhängige beheimatet, zwei Jahre lang auch das Winternotprogramm. Die Einrichtungen sind akzeptiert. Das Engagement der AnwohnerInnen für die Entwicklung des Viertels ist groß. Groß ist jedoch auch die Frustration darüber, dass die vielfältigen und kreativen Aktivitäten im Sinne einer partizipatorischen Stadtteilentwicklung von unten oft auflaufen. So hat die Stadtteilinitiative im Münzviertel Vorstellungen über die Nutzung des Geländes der ehemaligen Schule für Hörgeschädigte erarbeitet, die die Stadtteilstrukturen erhalten bzw. ausweiten und die integrative Funktion des Viertels stärken sollen. Diese Vorstellungen drohen jetzt am Verkauf dieses letzten städtischen Grundstücks im Viertel zu zerschellen. Eine Antwort auf die Frage, wie das verhindert werden kann,

hatte niemand der eingeladenen KandidatInnen. Diese und weitere Fragen habe ich jedoch »mitgenommen«.

Auch in der Neustadt nutzten über 40 AnwohnerInnen die Wahlkampfsituation, in der PolitikerInnen auch mal zuhören und sich Fragen und Kritik stellen müssen. Auch hier ging es wesentlich um BürgerInnenbeteiligung bei der Gestaltung der Zukunft des Viertels sowie um die Problematik überdurchschnittlicher Belastungen durch Großevents wie Hafengeburtstag, Cruise Days, Schlagermove, Motorradgottesdienst, Harley Days...

Unter den übrigen der ca. 15 Wahlkampfveranstaltungen, die ich wahrgenommen habe, hat mich eine besonders beeindruckt. Die Veranstaltung der Alzheimer Gesellschaft hat meinen Blick auf ein schwieriges Thema erweitert. Wie kann man es schaffen und was muss getan und gewährleistet werden, dass Demenzerkrankte möglichst lange selbstbestimmt leben können? Auf dieser Veranstaltung habe ich eine sehr mutige alte Dame kennengelernt, die sich von Beginn an mit ihrer Erkrankung auseinandergesetzt hat, sodass sie zu jeweils frühen Zeitpunkten eigene Entscheidungen über ihr weiteres Leben treffen konnte. Sie lebt jetzt viele Jahre mit Alzheimer, ist sich ihrer Krankheit und Einschränkungen bewusst und geht offensiv damit um. Ich habe Ehrenamtliche kennengelernt, die Erkrankte dabei unterstützen, ihr Leben noch möglichst selbstbestimmt zu leben. Angehörige berichteten darüber, wie oft sie durch die Bürokratie nicht unterstützt, sondern behindert werden, sodass sie um kleinste Fragen, um Selbstverständlichkeiten (z.B. die Bezahlung von Windeln) oft harte Auseinandersetzungen führen müssen. Eine lange Diskussion gab es über die Problematik, dass die Arbeit der Pflegekräfte schlecht bezahlt ist und vor allem auch wenig Wertschätzung erfährt. 26.000 Menschen sind in Hamburg an Alzheimer erkrankt. Die Alzheimer Gesellschaft gab den anwesenden PolitikerInnen sechs Punkte mit auf den Weg, die Handlungs-

bedarfe in Hamburg zeigen. Hier habe ich viel gelernt, auch übrigens durch das Video »Papa Schulze in der Osterstraße«, das ich zur Vorbereitung angesehen habe und das sehr deutlich macht, welche Bedeutung Stadtteilstrukturen und Stadtplanung dafür haben, dass Erkrankte möglichst lange selbstbestimmt leben können.

So habe ich aus diesen drei und aus weiteren Veranstaltungen eine Reihe von »Aufträgen« für die neue Fraktion mitgenommen. Eine durchgängige Erfahrung (auch) aus diesem Wahlkampf ist die sehr weit verbreitete Solidarität mit Flüchtlingen. Zwar stößt man immer wieder auch auf Ängste und Ressentiments. Aber die Bereitschaft, als Stadtgesell-

schaft die Aufnahme der Flüchtlinge aktiv zu gestalten und die Teilhabe der Asylsuchenden und ZuwanderInnen zu ermöglichen, überwiegt. Das hat auch die große Demonstration »Never mind the Papers« am 31. Januar deutlich gemacht. Uns stellt das vor die Herausforderung, gemeinsam mit anderen ein Konzept zu erarbeiten, das nicht nur aus allgemeinen Forderungen, sondern aus konkreten und umsetzbaren Vorschlägen für einen Paradigmenwechsel auf den verschiedenen Feldern der Flüchtlingspolitik (Wohnen, Arbeiten, Gesundheit etc.) besteht. Hier möchte ich mich auch in dieser neuen Legislaturperiode engagieren.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Massive Kritik der **Gängeviertel-Initiative** am behördlichen Umgang mit der Beteiligung im Allgemeinen und der Arbeit im Sanierungsbeirat auf Augenhöhe im Besonderen hat am 24. Februar zum **Eklat** geführt. Drei Mitglieder des Sanierungsbeirats-Vorstandes haben sich daraus zurückgezogen und fordern von der Stadt eine grundlegende Änderung ihres Verhaltens. Mehr dazu in der aktuellen **Pressemitteilung** und im **Video** der Gängeviertel-AkteurInnen unter <http://gaengeviertel-eg.de/wir-ueber-uns/aktuelles/details/article/planungs-stop-im-gaengeviertel.html>.

Alle zwei Wochen gibt die gewerkschaftsverbundene Hans-Böckler-Stiftung den **Böckler impuls**, einen **achtseitigen Newsletter** mit Grafiken, Tabellen und kurzen Artikeln zu neuesten Trends in Gesellschaft und Wirtschaft heraus. Die aktuelle Nummer vom 19. Februar weist z.B. nach, dass im Jahr 2014 die »Reallöhne erstmals höher als im Jahr 2000« waren, anders formuliert: 14 Jahre war die Reallohnentwicklung rückläufig oder am Stagnieren. Über die Vermögensverteilung in Deutschland heißt es: »Ein Prozent besitzt ein Drittel«. Einsehen und bestellen kann mensch dieses interessante, kostenfreie Periodikum unter www.boecklerimpuls.de.



Wer Interesse an O-Tönen der LINKEN hat, kann sich auch die monatlich erscheinende **Mitgliederzeitschrift DISPUT** zum Jahresabo-Preis von 21,60 Euro (inkl. Versandkosten) bestellen. Auf 50 Seiten erfahren die LeserInnen Neues aus der Bundespartei, der Bundestagsfraktion und den Landesverbänden, dazu gibt es kurze Theorie- und Kulturbeiträge. Bestellungen können online unter www.die-linke.de oder per Anschreiben an den Parteivorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, erfolgen.

»In Hamburg ist man ärmer«, titelte die »taz« am 19. Februar. »Die **Armutsquote** steigt in Hamburg stärker als in allen anderen Ländern«, heißt es dort. »Betroffen sind davon vor allem Alleinerziehende, Kinder und Menschen über 50«. Die Quote der von Armut bedrohten Menschen liegt in der Elbmetropole – in der es nach Olaf Scholz total klasse läuft – mittlerweile bei 16,9%, 2,1 Punkte mehr als im Jahre 2013; der Bundesdurchschnitt liegt bei 15,5%. Mehr Daten und Einschätzungen zum neu erschienenen **»Armutsatlas« des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes** unter <http://taz.de/169-Prozent/!155060/>. Wer gleich das 52seitige Werk mit dem Titel »Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014« bevorzugt, guckt hier: www.der-paritaetische.de/armutsbericht/die-zerklueftete-republik/.

Rund 200 Stadtteilrundgänge offeriert das neue **»Kiek mol«**, das nunmehr im 26. Jahr erscheinende **Programm der 19 Hamburger Geschichtswerkstätten**. Das Programm liegt in etlichen Einrichtungen, Büchereien und natürlich in den Büros und Archiven der Geschichtsvereine selbst aus, kann aber auch im Netz angesteuert werden: www.hamburger-geschichtswerkstaetten.de. Am **Sonntag, den 4. Oktober**, führen die Vereine übrigens zum zweiten Mal einen **Tag der Geschichtswerkstätten** durch, mit vielfältigen Angeboten in den verschiedensten Quartieren.

Am 19. Februar hat der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club seinen **ADFC-Fahrradklima-Test 2014** vorgelegt. Bundesweit haben über 100.000 Menschen an der Bewertung der Fahrradfreundlichkeit von Orten und Regionen teilgenommen. Hamburg ist gegenüber 2012 noch einmal zurückgefallen, und zwar auf Platz 35 von 39 deutschen Städten. Die Falschparkerkontrolle bekam hier beispielsweise den negativen Spitzenwert von 5,4. Die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung finden sich unter www.hamburg.adfc.de/verkehr/themen/fahrradklimatest/fahrradklimatest-2014/.



Eigentlich ist ja noch ein Referendum zur Olympia-Frage vorgesehen, aber der tägliche Blick ins »Hamburger Abendblatt«, die Werbung in der U-Bahn, Plakate, Sticker, ja, selbst fertige Entwürfe für die Gestaltung der Sportstätten legen nahe, dass eigentlich alles längst entschieden ist. Die Millionenkosten alleine für die Bewerbung und die Milliardenkosten für die Durchführung der Spiele sind da nur störende Begleitfaktoren. Und auch die »Stadtwerkstatt«, das Format, mit dem die Stadtentwicklungsbehörde angeblich die BürgerInnenbeteiligung organisieren will, mischt mit. Am **Donnerstag, den 26. Februar**, findet um 18.00 Uhr im Unilever-Haus (Am Strandkai

1) die 3. – heiliger Euphemismus – »Bürgerwerkstatt für Spiele in Hamburg« statt. Im Mittelpunkt stehen die fertigen Pläne für die **Entwicklung auf dem Kleinen Grasbrook zum neuen Stadtteil OlympicCity**. Die »Spiele im Dialog« werden von Oberbaudirektor Jörn Walter an diesem Abend – sozusagen – eröffnet.

Ebenfalls am **Donnerstag, den 26. Februar**, ist eine offizielle Info-Veranstaltung zur **Neugestaltung des Alten Elbparks** geplant. Sie findet um 19.00 Uhr im Jugendzentrum JUKZ am Stintfang (Alfred-Wegener-Weg 3) statt. Wer erst einmal nur Informationen sammeln oder sich auf andere Art beteiligen möchte, meldet sich hier: alter-elbpark@gmx.de.



Anderswo gibt es die Drei-Königs-Treffen der Parteien, die **Bezirksfraktion der LINKEN Hamburg-Mitte feiert ihren Jahresauftakt am Sonntag, den 1. März**,



von 11.00 bis 16.00 Uhr in der »Kaffeewelt« (Böckmannstraße 3, Raum St. Georg). »Im gemütlichen Rahmen«, lesen wir in der Einladung, »und bei einem alkoholfreien Getränk – Geschmacksrichtung »Campari-Orange« – begrüßt euch unsere Bezirksfraktionsvorsitzende Christine Detamble-Voss. Anschließend folgt ein Grußwort von Christiane Schneider.« Nicht nur für das leibliche Wohl ist gesorgt, zwischen 12 und 13 Uhr ist auch als kulturelles Highlight ein Auftritt der Theatergruppe Impromptü vorgesehen.

Wie schon in den Vorjahren feiert die Eimsbüttler LINKE den **Geburtstag von Rosa Luxemburg**, die am 15. Januar 1919 von Noske-Truppen ermordet wurde. Der 144. Geburtstag wird am **Donnerstag, den 5. März**, um 17.00 Uhr im Rosa-Luxemburg-Garten (Wehbers Park) begangen. Unter der Parole »Die Revolution sagt: Ich war, ich bin, ich werde sein!« (aus ihrem letzten Artikel in der »Roten Fahne« vom 14.1.1918) werden auf der Feier- und Gedenkveranstaltung sprechen: die Autorin Doris Gercke, der Historiker Jörg Petersen (Galerie Morgenland) sowie die frisch gewählten Bürgerschaftsabgeordneten Dora Heyenn und Inge Hannemann, alles moderiert von Gerald Kemski.

Über **Die Zukunft des Wohnens** referiert und diskutiert am **Freitag, den 6. März, Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner** (geb. 1933). Dem bekannten Vertreter der deutschen Sozialpsychiatrie ist zu einem guten Teil die vor etlichen Jahren durchgesetzte Öffnung der ehemaligen »geschlossenen Heime und Anstalten« zu verdanken. In den letzten Jahren hat er sich vor allem mit neuen Lebens- und Wohnformen im Alter beschäftigt, die Abschied nehmen von Altersheimen und Seniorenresidenzen. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr im Gemeindesaal St. Georg (Stiftstraße 15, 1. Stock), der Eintritt beträgt 2 Euro.

Ebenfalls am **Freitag, den 6. März**, 19.00 Uhr, lädt die Griechenland-Soligruppe von attac Hamburg in die Werkstatt 3 (Nernstweg 32-34) ein zu einer Solidaritäts-Veranstaltung. Sie trägt den Titel **Griechenland gegen**

die Austeritätspolitik – Eine Chance für ein anderes Europa. Referenten sind der Hellenen-Experte Paul Kleiser und Achim Rollhäuser, ein Aktivist aus Athen. Mehr dazu unter www.attac-netzwerk.de/hamburg/ags/sozialpolitik/griechenland/.

Rund um den und vor allem am 8. März – dem Internationalen Frauentag – finden verschiedene Veranstaltungen statt. Die Landeszentrale für politische Bildung z.B. lädt am **Freitag, den 6. März**, ins »Metropolis« (Kleine Theaterstraße 10) ein, dort wird um 19.00 Uhr das Werk **»Stein der Geduld«** des Autors und Regisseurs Atiq Rahimi gezeigt (Frankreich/Deutschland/Afghanistan 2012, 102 min), ein Film über eine Frau im vom Krieg zerrissenen Afghanistan. Der Eintritt ist frei. Zwei Tage später, also am **Frauentag** selbst, gibt es im Medienpädagogischen Zentrum mpz (Susannenstraße 14 c/d, Hinterhof) um 16.30 Uhr einen Frauen-Salon, bei dem Sabine Zurmühls **Film »Außer Männern haben wir nichts zu verlieren«** (BRD 1987, 45 min) vorgeführt wird. Kost auch nix. In der GEDOK-Galerie (Koppel 66) lesen am selben Tag, dem **8. März**, ab 12 Uhr, Inga Sawade und Ellen Sell **Texte zu »Starken Frauen«**.

Und schließlich lädt der DGB Nord in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Frauenbündnis am selben Sonntag, den **8. März**, ins Dorothee Sölle Haus (Königstraße 54) ein. **»Frauen stoßen an«**, lautet das Motto, und von 12.00 bis 16.00 Uhr gibt es neben einem musikalischen Auftakt und einem Imbiss- wie zu besten Frauenwochen-Zeiten – insgesamt neun **politische und kulturelle Workshops**, moderiert u.a. von Sibylle Plogstedt, Leslie Franke, Bea Trampenau und Sabine Stövesand. Das Programm findet sich im Netz unter <http://hamburg.dgb.de/themen/++co++9bd42198-b6b1-11e4-b394-52540023ef1a>.

Die nächste Zusammenkunft des **Netzwerks Hamburger Stadtteil(bei)räte**, des Forums ehrenamtlich engagierter VertreterInnen Hamburger Stadtteilbeiräte, ist anberaumt für **Donnerstag, den 19. März**, um 19.00 Uhr im Markwärterhäuschen (Eulenkamp 1/Ecke Stormarner Straße).



(N)Olympia-Petition



Um der ganzen Olympia-Propaganda von Handelskammer, Senat und bürgerlicher Presse etwas entgegenzusetzen, haben Nicole Vrengor und Dirk Seifert – AktivistInnen der Hamburger (N)Olympia-Bewegung – eine Petition ins Netz gestellt, deren Text wir nachfolgend gerne abdrucken. Im letzten »BürgerInnenbrief« hatten wir einen Beitrag von Nicole Vrengor aufgenommen. Gut 4.150 HamburgerInnen haben die

Online-Petition bis zum Redaktionsschluss bereits unterzeichnet. Wir brauchen aber noch viel mehr Unterschriften, denn am 21. März soll entschieden werden, ob Hamburg oder Berlin den Zuschlag für die deutsche Bewerbung bekommt, und da ist die Stimmungslage in der heimischen Bevölkerung natürlich ein ausschlaggebender Faktor. Online unterzeichnen kann mensch hier: <https://www.change.org/nolympia>.

An den Deutschen Olympischen Sport Bund (DOSB): Olympische Spiele in Hamburg? So nicht!

Am 21. März 2015 wird der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) entscheiden, ob Hamburg oder Berlin für die Olympischen Spiele im Jahr 2024 oder 2028 ins Rennen gehen soll. Angesichts der weitgehend fehlenden Informationen zu den Kosten, den sozialen und ökologischen Auswirkungen und aus der Sorge, dass die negativen Folgen in der Summe überwiegen werden, sagen wir dem DOSB zum jetzigen Zeitpunkt: Nein, Hamburg ist uns zu schade für Olympische Spiele.

Die Befürworter einer Hamburger Olympiabewerbung sprechen von »großen Chancen für die Stadt«, von »bescheidenen Spielen«, einem »Olympia der kurzen Wege«. Ein völlig einseitige Werbe-Maschine läuft, Transparenz wurde versprochen, doch vor allem zu einem Thema wird geschwiegen: Was werden uns Olympische Spiele kosten? Das ist für uns ein Alarmsignal. **Die ehemals als »kostenneutral« angepriesene Elbphilharmonie ist für uns eine Mahnung, ganz genau hinzusehen.** Wir erinnern daran, dass der Londoner Bevölkerung für die Olympischen Sommerspiele 2012 im Vorfeld Kosten von 2,6 Milliarden Euro verkündet wurden. Am Ende waren es insgesamt 18 Milliarden Euro.

Die Handelskammer und andere Wirtschaftsvertreter wollen mit der Olympia-Bewerbung »Hamburg in der Welt bekannter machen«. Ihr Ziel: Mehr Touristen und vor allem mehr Investoren sollen in die Stadt gelockt werden. Wir sind sehr für ein weltoffenes Hamburg! Aber wir machen uns Sorgen, was noch mehr Investoren mit unserer Stadt anrichten werden.

Olympische Spiele, die in Hamburg im und um den Hafen durchgeführt werden sollen, werden mächtigen Druck auf unsere Lebensbedingungen und die Mieten ausüben. Schon heute ist bezahlbarer Wohnraum für viele Menschen in dieser Stadt eine Rarität. **Die Gefahr weiterer Privatisierungen von bislang preiswerten städtischen Flächen und Immobilien würde die soziale Spaltung der Stadt verschärfen.** Das wollen wir nicht!

5 faule Eier NOlympia

HH - BERLIN

Nicht absehbar ist, welche Folgen für die Umwelt, das Klima und den Verkehr auf Hamburg zukommen. Umwelt- und Klimaschutz haben für den Senat in den letzten Jahren kaum eine Rolle gespielt, der Haushalt der Umweltbehörde wurde deutlich gekürzt. Mit klimaneutralen Spielen ist das bislang

nicht vereinbar. Die erforderliche Verlagerung der Hafenerbetriebe wird nicht nur für uns SteuerzahlerInnen teuer. **Selbst der Unternehmensverband der Hafenerbetriebe geht von erheblichen Konflikten zwischen Umwelt- und Naturschutz und der Neuan siedlung der Betriebe auf den Ersatzflächen aus.**

Wir fragen auch: Wen laden wir uns mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) eigentlich nach Hamburg ein? **Das IOC steht für Gigantomanie, Korruption, Intransparenz und undurchsichtige Machenschaften.**

Viel ist derzeit von Reformen die Rede. Dass ausgerechnet diejenigen, die Olympische Spiele zur cherei entwickelt haben, überzeugt uns nicht. Immer noch werden mit dem »Host-City-Vertrag«, den die Ausrichter-Städte unterschreiben müssen, dem IOC und seinen Konzern-Sponsoren monopolartige (Verwertungs-)Rechte eingeräumt und der Ausrichter-Stadt weitgehend eigene Gestaltungsmöglichkeiten genommen. Oslo und andere Städte haben ihre Bewerbungen zurückgezogen, nachdem diese Verträge öffentlich wurden.

Aus all diesen Gründen und Sorgen und weil der DOSB am 21. März entscheidet, welche Stadt für eine Olympia-Bewerbung ins Rennen gehen soll, sagen wir jetzt: Hamburg ist uns zu schade für Olympische Spiele!

Weitere olympiakritische Informationen finden sich auf: <http://nolympia-hamburg.de>

Kulturtipp: »Ich kam als Gast in euer Land...«



Hamburger Antifaschisten: Wilhelm Koenen (l.), 1951, Bernard Koenen, 1946

Am 19. Februar hatte der Hamburger Historiker Marcel Bois im Rahmen einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) Hamburg Aspekte aus seiner Dissertation zu »Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik« vorgestellt. Eine zentrale Botschaft Bois' war, dass mit Ernst Thälmann die »Stalinisierung« und die gleichzeitige Entdemokratisierung der KPD ab Mitte der 1920er Jahre vollzogen wurde. Über diese Perspektive mag man nachdenken, die KollegInnen der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte hatten am betreffenden Abend jedenfalls schwer zu schlucken, so oder so aber ist es für eine aufgeklärte Linke nötig, sich von lieb gewordenen Thesen und Heroen zu verabschieden, jedenfalls sind diese kritisch zu hinterfragen, wenn der Blick auf Strategie und Taktik, Erfahrungen und Konsequenzen unverstellt erfolgen soll.

Zu den bittersten Kapiteln der Geschichte der deutschen Linken gehört die Verfolgung deutscher AntifaschistInnen während der Zeit des Faschismus in der Sowjetunion. Vom 15. bis 20. März präsentiert die RLS im Zentrum »Barmbek Basch« (Wohldorfer Straße 30) eine Ausstellung unter dem Titel »Ich kam als Gast in euer Land gereist...« Es geht dabei um »deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors«, konkret

um »Familienschicksale 1933-1956«. Viele der hier berücksichtigten Betroffenen kamen als Arbeitssuchende Anfang der 1930er Jahre oder nach 1933 als politisch Verfolgte in die UdSSR, in das Land ihrer Träume und Hoffnungen. Doch viele von ihnen wurden ab 1936 Opfer des Terrorregimes unter Stalin. Verbannungen und Mordaktionen, Deportationen in das nationalsozialistische Deutschland betrafen Hunderte aufrechter deutscher KommunistInnen.

Geschildert wird dieses düstere Kapitel anhand von fünfzehn Beispielen, Lebensläufen dreier Exilgenerationen. Die gezeigten Fotos und Dokumente stammen aus dem Familienbesitz der Betroffenen sowie aus deutschen und russischen Archiven. Die zweisprachige Ausstellung wurde 2013 in Moskau und Berlin eröffnet und reist seitdem durch verschiedene europäische Städte.

Die Ausstellung in Barmbek ist vom 16. bis 20. März täglich von 14.00 bis 19.00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist kostenfrei. Ergänzt wird die Ausstellung in der betreffenden Woche durch ein Begleitprogramm, die Eröffnung am Sonntag, den 15. März, 16.00 Uhr, ist den Hamburger Antifaschisten Bernard und Wilhelm Koenen im sowjetischen und britischen Exil gewidmet (mehr unter www.hamburg.rosalux.de).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.